



Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

66. Jahrgang

Mai 2018

Folge 5

30 Jahre Städtepartnerschaft Stuttgart – Lodz

Als am 26. September 1988 in Stuttgart der legendäre Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, der damalige Lodzer Stadtpräsident Jaroslaw Peitrzyk und der Vorsitzende des Stadtparlaments Andrzej Grabski die Städtepartnerschaftsurkunde unterzeichneten, konnten die beiden Städte schon auf ein gutes Fundament vielfältiger Beziehungen aufbauen, an denen gerade die Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) einen großen Anteil gehabt hatte. Es waren Stuttgarter LWW-Mitglieder, die bereits in den 1950er-Jahren durch Besuche in ihre einstige Heimatstadt dafür sorgten, daß die Verbindungen zu Lodz, trotz Flucht und Vertreibung, nicht abbrachen. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß generell auch seitens des LWW-Bundesverbandes schon im Jahre 1961 die Arbeit der LWW unter das Motto „Brücke der Verständigung“ zwischen Deutschen und Polen gestellt wurde als Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung und Aussöhnung auf der Grundlage der historischen Wahrheit und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 5. August 1950 auf dem Schlossplatz in Stuttgart erstmals öffentlich verkündet worden war.

Auf dieser Grundlage wurden in Stuttgart von der LWW seit Mitte der 1980er Jahre eine Dokumentation und eine Ausstellung mit dem Titel „Lodz 1824 – 1939“ vorbereitet und dazu zunächst eine 30-seitige Broschüre vorgelegt. Wie stark gerade seitens der LWW in diesen Jahren der Prozeß der entstehenden Partnerschaft zwischen Stuttgart und Lodz begleitet wurde ist auch daran zu sehen, daß von der jungen Lehrerin Gabriele Brehmer, der Tochter der damaligen LWW-Landesvorsitzenden Ursula Brehmer (1927 – 2011), zusammen mit der in Lodz wirkenden und ebenfalls damals jungen polnischen Literatur-Wissenschaftlerin Dr. Barbara Racteka, unter Verwendung der o. a. Broschüre eine zweisprachige Dokumentation, ergänzt durch literarische Beiträge, herausgegeben wurde. Diese 68 Seiten starke Veröffentlichung in deutscher und polnischer Sprache war als Handreichung für Deutsche und Polen der zwischenzeitlich entstandenen Ausstellung „Lodz 1824 – 1939: Die Deutschen in der Stadt der Völkerbegegnung“ konzipiert. Diese Ausstellung selbst gehörte gewissermaßen als Begleitprogramm zur nunmehr gebildeten jungen Städtepartnerschaft Stuttgart – Lodz, wurde zunächst im Stuttgarter Rathaus gezeigt und fand schließlich ihre Heimstatt im „Haus der Deutsch-Sozial-Kulturellen Gesellschaft“ in Lodz.

Die Städtepartnerschaft Stuttgart – Lodz hat sich in den vergangenen 30 Jahren immer weiter entwickelt. Im Vordergrund stehen dabei die Bereiche Umweltschutz, Bildung, Hochschulwesen, Denkmalpflege, Kultur, Sport und Wirtschaft, Stadt- und Verkehrsplanung. Hierzu findet sowohl zwischen den einschlägigen Ämtern und Institutionen ein reger Austausch statt. Natürlich gilt dies auch für die LWW, die in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit verschiedenen Delegationsreisen nicht nur mit Besuchskontakten zu offiziellen Stellen der Stadtregierung von Lodz verbunden wurden, sondern auch und gerade mit den Menschen in Lodz, Polen, aber auch mit dort verbliebenen Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit. Zum festen Bestandteil der gegenseitigen Kontakte gehört seit vielen Jahren die Gruppe der deutschsprachigen Frauen der Kirchengemeinde der St.-Matthäi-Kirche (sw. Mateusz) zu Lodz („Gemeinschaft der deutschsprechenden Evangelischen im Lodzer Industriegebiet“), gleichfalls aber auch Kontakte zu polnischen Bildungseinrichtungen in Lodz und Umgebung. So war der Verfasser dieses Berichts verschiedentlich in seiner dienstlichen Funktion als Angehöriger des Kultusministeriums von Baden-Württemberg u.a. auch mit dem Besuch von Lehrern aus Lodz in Stuttgart befaßt und hat aktuell, vor dem Hintergrund der nun schon 30 Jahre währenden Städtepartnerschaft, beratend bei der Vorbereitung zum Schülerwettbewerb „Deutsch-polnische Begegnungen: Baden-Württemberg und Lodz 2017/18“ mitgewirkt.

Zum Auftakt „30 Jahre Städtepartnerschaft Stuttgart – Lodz“ fand am 7. März 2018 im Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt ein Konzert mit dem Kammerorchester „arcata Stuttgart“ und der polnischen Musikerin Katarzyna Myćka statt. Einen weiteren wichtigen Beitrag für das Jubiläum der Städtepartnerschaft Stuttgart – Lodz bildet der Vortrag am 18. April 2018 im Großen Saal vom „Haus der Heimat“ in Stuttgart. Als Referent wurde Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg von der Universität Gießen gewonnen, der dort die Forschungsschwerpunkte Politikgeschichte des östlichen Europa, Geschichte Polens, Deutsch-Polnische Beziehungsgeschichte sowie Regional- und Stadtgeschichte im östlichen Europa vertritt. Sein Thema: „Die Spaltung einer städtischen Gemeinschaft: Lodz während des Zweiten Weltkriegs“, mit dem eine sehr schmerzhaft, schicksalsschwere Epoche in der Geschichte der Stadt Lodz angesprochen wird, die, so die gemeinsame Hoffnung, durch die heute zwischen Stuttgart und Lodz gelebte Städtepartnerschaft und dank dem über Jahre geleisteten Beitrag der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) im Sinne einer Versöhnung in einem freien Europa überwunden werden kann.

Hans-Werner Carlhoff

Vor 100 Jahren:

Der weitgehend vergessene Frieden von Brest Litowsk

Er müßte mit dem Friedensvertrag von Versailles in einem Atemzug genannt werden: der Friedensvertrag von Brest Litowsk. Der eine Vertrag beendete den Ersten Weltkrieg im Westen zwischen Deutschland und den westlichen Entente-Mächten mit den USA, der zweite im Osten zwischen den Mittelmächten und der Russischen Sowjetrepublik – die Sowjetunion wurde erst am 30.12.1922 gegründet.

Die Bewertung dieses Friedens ist bis heute strittig und noch immer politisch beeinflusst.

Die Verhandlungen

Die militärische Widerstandskraft des Zarenreiches war durch die Februar-Revolution und die Oktober-Revolution von 1917, die eher ein Staatsstreich war, endgültig zerstört worden. Um eine Entscheidung zu erzwingen hatte das Deutsche Reich nach dem Stocken der Verhandlungen

in einem Vorstoß weite Teile der Ukraine und des Baltikums erobert.

Die Bolschewiki unter der Führung Lenins hatten „Brot und Frieden“ gefordert und Lenin setzte dies durch, da er jede Grenzregelung bald für obsolet hielt, sobald die sozialistische Weltrevolution ausbrach.

Das deutsche Militär hatte erwirkt, daß Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924), der im Schweizer Exil weilte, im April in einem verplombten Zug durch das Deutsche Reich nach Petrograd zurückkehren konnte. Ihre Hoffnungen in ihn erfüllten sich.

Er beendete den Krieg im Osten ohne Rücksicht auf Verluste. Es heißt, er habe den Friedensvertrag vor der Unterzeichnung nicht einmal gelesen.

Rußland war nach der Oktoberrevolution fast am Ende. Die Bolschewiki benötigten unbedingt ein Kriegsende, um ihre eigene Herrschaft zu stabilisieren. Am 28.11.1917 boten sie daher Verhandlungen an und bereits am 15.12.1917 wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen und mit Verhandlungen in Brest-Litowsk begonnen. Nicht alle Bolschewiki waren mit Lenins Plänen einverstanden. Vor allem Leo Trotzki (1879-1940) versuchte Zeit zu gewinnen, da er mit der Niederlage der Mittelmächte rechnete. Um dieses Zeitspiel zu beenden, teilte die deutsche Heeresleitung mit, daß Deutschland den Waffenstillstand am 17. Februar 1918 als abgelaufen betrachte und startete danach eine Offensive (Operation Faustschlag), bei der die deutschen Truppen ohne nennenswerten Widerstand sehr schnell vorankamen. Dies trieb die Bolschewiki wieder an den Verhandlungstisch und der Friedensvertrag kam zum Abschluß. Die bolschewistische Führung war sich lange nicht einig gewesen und auch jetzt waren die Beratungen chaotisch. Der linksradikale Herausgeber der „Prawda“ und ZK-Mitglied Nikolai Bucharin (1888-1938) votierte für die Fortsetzung des Krieges. Der Delegationsführer Leo Trotzki war unentschlossen, denn durch seine Verzögerungstaktik hatte er die ersten Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Lenin wollte den Frieden jetzt und sofort, da er die Gefahr sah, daß die Mittelmächte die Macht hatten zu intervenieren und den Fortbestand der bolschewistischen Revolution gefährdeten.

Die Vertragsbedingungen

Angesichts der letzten militärischen Erfolge erweiterte die deutsche Delegation ihre Forderungen an Rußland. Nun sollten Finnland, Livland, Estland und die Ukraine von russischen Truppen geräumt werden. Auch wurde nun die vollständige Demobilisierung der russischen Armee gefordert.

Mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk gelang es den Mittelmächten, vor allem dem Deutschen Reich, aus ihrer prekären Lage des Zweifrontenkrieges herauszukommen. Bereits seit Bismarcks Tagen war es das Hauptziel der deutschen Außenpolitik gewesen, dies zu verhindern. Der Zweifrontenkrieg war eine Hauptursache für die Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, doch nun kam dessen Beendigung zu spät.

Mit dem Frieden im Osten errangen Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung ihren letzten großen Erfolg. Der Taktiker und Stratege hinter Hindenburg, General Ludendorff, hatte die Kriegsziele im Osten definiert: ein Ende des Zweifrontenkriegs und die Schaffung von abhängigen Staaten entlang der künftigen

deutsch-russischen Grenze, die weitere militärische Konflikte verhindern sollten.

Auch wenn später doch davon gesprochen wurde, daß die Mittelmächte Annexionen gefordert hätten, so waren dies der Verzicht von Sowjetrußland auf ihre Hoheitsrechte über Polen, Litauen und Kurland, deren Selbstbestimmungsrecht das Deutsche Reich umsetzen sollte. Estland, Livland und fast ganz Weißrußland (westlich des Dnepr) blieben vorerst von deutschen Truppen besetzt. Die Ukraine und Finnland wurden als selbständige Staaten anerkannt. Armenische und georgische Gebiete mußten an das Osmanische Reich abgetreten werden. In der Folgezeit erkämpfte sich Georgien eine kurze Phase der Autonomie.

Aber auf eigene Annexionen verzichteten die Mittelmächte, ebenso – wie im Vorfeld vereinbart – auf Reparationen.

Rußland verlor ein Viertel seines in den vergangenen Jahrhunderten eroberten europäischen Territoriums und damit einen wertvollen Teil des industriell entwickelten Landes. Etwa 1,42 Millionen qkm mit ca. 60 Millionen Menschen (etwa ein Drittel der Vorkriegsbevölkerung des Zarenreiches) gingen verloren.

Einen sehr negativen Schatten war das **Ergänzungsabkommen** zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 27.8.1918 auf das Vertragswerk. Sowjetrußland verzichtete darin auf Estland, Livland und Georgien. Zudem verpflichtete sich das Land auf die Zahlung einer Entschädigung für die durch die Bolschewiki zuvor entschädigungslos enteigneten deutschen Vermögenswerte in Rußland in Höhe von sechs Milliarden Goldmark. Diese Summe wurde in der folgenden Propaganda stets als Reparationszahlung tituliert.

Verschwiegen wird dagegen aber die deutsche Zusage, Weißrußland zu räumen und nicht zugunsten der Feinde der bolschewistischen Regierung zu intervenieren. Die Bolschewiki sogar erwogen, deutsche Truppen gegen alliierte Interventionstruppen, die in Nordrußland gelandet waren, einzusetzen.

Die Hoffnung der Mittelmächte nun auch im Westen eine siegreiche Entscheidung herbeiführen zu können, erfüllte sich jedoch nicht, weil immer noch eine Million deutscher Soldaten im Osten standen. Auch die Hoffnungen auf wirtschaftliche Ressourcen erfüllten sich nicht.

Der Zusammenbruch der Front im Westen und Ludendorffs und Hindenburgs ultimative Forderungen nach Friedensverhandlungen führten auch zum Ende des Vertrags von Brest Litowsk. Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne (11.11.1918) beinhaltete als Bedingung seitens der Entente-Staaten die Annullierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk. Die besetzten russischen Territorien sollten besetzt bleiben und die deutschen Truppen auf folgende Befehle der Entente-Mächte warten.

Die Folgen des Zusammenbruch in Ost und West

Bereits das Kriegsende löste weitere hitzige Kämpfe aus. Überall in Europa entstanden Grenzkämpfe der jungen Nationalstaaten. Sir Winston Leonard Spencer Churchill (1874-1965) kommentierte dies bissig, aber zutreffend: „*Der Krieg der Giganten ist zu Ende, der Hader der Pygmäen hat begonnen.*“

Bereits infolge der Oktoberrevolution versuchte sich die russische **Ukraine** als Ukrainische Volksrepublik (Ukrainische Narodna Respublika) selbständig zu machen (20.11.1917). Sie war in Kämpfen gegen Sowjetrußland (Ukrainisch-Sowjetischer Krieg, Dezember 1917 bis April 1918) und später mit dem wiedererstandenen Polen verwickelt (Polnisch-Ukrainischer Krieg 1918-1919). An den Kämpfen waren auch Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei beteiligt, auf ukrainischer Seite der Westukrainische Staat.

Mit den Mittelmächten wurde noch vor Brest Litowsk ein Separatfrieden geschlossen (9.2.1918), der auch als „Brotfrieden“ bezeichnet wurde, da die Mittelmächte Getreidelieferungen als Gegenleistung für Unterstützungen forderten.

Dieser erste ukrainische Nationalstaat wurde Anfang 1920 durch die Rote Armee aufgelöst.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte entstand Ende 1918 auch im österreichischen Teilungsgebiet ein ukrainischer Staat, die Westukrainische Volksrepublik, die weitgehend von Polen erobert wurde.

Auch die baltischen Staaten erfochten sich, ebenso wie Finnland ihre Unabhängigkeit von Sowjetrußland.

Ein kurzer Vergleich Brest-Litowsk und Versailles

Der Separatfriede von Brest-Litowsk wurde nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder propagandistisch diffamiert, wobei man viele Fakten wegließ und andere überbetonte.

Ebenso wie das Deutsche Reich im Fall Versailles unterzeichnete die Regierung der Bolschewiki den Vertrag unter Protest angesichts der deutschen militärischen Bedrohung. In der Sowjetunion und später auch in der DDR wurde dieser Vertrag als „Raubfrieden von Brest-Litowsk“ bezeichnet. Diesem Denken hängen auch in Deutschland viele an, ohne aber die Drohung der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen vor der dritten Verlängerung des Waffenstillstands in Trier (16.2.1919) auch nur im Ansatz zu erwähnen.

Die Verhandlungen in Brest Litowsk waren schwierig, da sie noch während der heißen Phase des Krieges geführt wurden. Auch die Delegationen waren unterschiedlicher, wie sie nicht sein konnten. Auf der einen Seite standen vor allem konservative Angehörige des Hochadels der Mittelmächte, auf der anderen Seite

radikale Revolutionäre mit dem Ziel einer sozialistischen Weltrevolution. Solche Vertreter, die zuweilen erst kurz vorher aus Gefangenenlagern oder dem politischen Exil gekommen waren, kannte man bis dahin noch nicht. Aus Aufzeichnungen der Delegierten beider Seiten weiß man, wie ambivalent bis negativ ihre Eindrücke vom jeweils anderen Verhandlungspartner waren.

Es waren die Bolschewiki und der Vorschlag Trotzki vom 28.11.1917 zum Waffenstillstand, den er an die Mittelmächte und die Entente richtete. Die Entente lehnte ab, während die Mittelmächte zustimmten. Am 9.12.1917 begannen dann die Verhandlungen. Auch das Angebot der bolschewistischen Delegation wurde akzeptiert: Verzicht auf Annexionen, schnelle Räumung der besetzten Gebiete, Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Verzicht auf Kriegsschädigungen (Reparationen).

Dies ist bereits ein wesentlicher Unterschied zu den Verhandlungen von Versailles. Die Vorabsprachen wurden weitgehend eingehalten, während in Versailles die Vorabsprachen zwischen Deutschland und USA nicht beachtet wurden. Auch verhandelten hier die kriegsführenden Parteien miteinander, während in Paris nur über die Deutschen verhandelt wurde.

In Brest Litowsk schlugen die Besiegten die Verhandlungsagenda vor, während 1919 die Deutschen erst den fertigen Vertragstext ausgehändigt bekamen. Die umstrittene Aussage von den Annexionen ist Ansichtssache. Fakt ist, daß Sowjetrußland kein mehrheitlich russisch besiedeltes Land abtreten mußte und die Sieger kein Land annectieren. Nur einst vom Zarenreich eroberte Gebiete anderer „Nationen“ wurden nun frei.

In Versailles und Paris verloren Deutschland und Österreich (Ungarn) viele alte, mehrheitlich deutsch besiedelte Gebiete.

In Brest Litowsk wurden keine Reparationen gefordert. Rechnet man die Entschädigungen für Enteignungen dazu, waren diese mit 6 Millionen Goldmark gering angesichts der Reparationen von Versailles. Nach dem Vertrag von Versailles, bzw. nach der konkreten Festlegung in der Konferenz von Bologna (Juni 1920), mußte Deutschland in 42 Jahresraten die riesige Summe von 269 Milliarden Goldmark zahlen. Das ist der dreifache Wert der heutigen Goldreserven der Banken weltweit.

Der schlimmste Punkt des Versailler Vertrags war für die Deutschen die ihnen zugeschobene Alleinschuld am Krieg. In Brest Litowsk fragte niemand nach der Kriegsschuld.

Auch die Reduzierung der deutschen Armee auf ein 100.000-Mann Heer (= ein Achtel der Vorkriegsstärke) und die Auslieferung von Kriegsgerät fand 1918 nicht statt. Sowjetrußland wurde die Vorkriegs-Heeres- und Marinestärke zugestanden.

M. Sp.

Jahrbuch Weichsel-Warthe 2018

- Eine positive Stimme -

Janusz Witt, Breslau/ Wrocław: Erst heute komme ich dazu, Ihnen für die letzten Jahrbücher Weichsel-Warthe zu danken. Ich lese die Artikel, die dort erscheinen, mit großem Interesse, weil ich doch aus Wielun stamme, noch vor dem Krieg geboren wurde und in meinem Leben auch viel erlebt habe. Sehr oft habe mit meinem lieben Freund, dem leider schon verstorbenen Pastor Georg Sichler, über die schwierigen Zeiten, die wir beide erlebt haben, gesprochen.

In den Jahrbüchern versuchen Sie die Geschichte der Deutschen, die ihre alte Heimat in Polen haben, vor dem Vergessen zu retten. Das ist sehr wichtig, denn es geht doch um eine ehrliche Aufarbeitung eben dieser deutsch-polnischen Geschichte. Man muß heute „gegen das Vergessen und gegen Vorurteile“ schreiben und mit Liebe zur alten Heimat.

Beim Lesen vieler Erinnerungen und Beiträge fühlt man, daß die Autoren oft Grenzgänger zwischen den Kulturen sind, die ihre alte Heimat noch immer im Herzen haben...

Es kommen schwierige Zeiten, doch ich wünsche Ihnen und dem Jahrbuch trotzdem viel Erfolg in diesem und auch in den nächsten Jahren!

Der Bezugspreis beträgt für das Ein-

Vor 50 Jahren:

Ausbürgerung der Juden aus der Volksrepublik Polen

In Polen ist das Gesetz zu Holocaust-Aussagen in Kraft getreten. Bis zu drei Jahre Gefängnis drohen künftig, wenn man Polen Mitverantwortung für Verbrechen Nazideutschlands zuschreibt. Der polnische Präsident Andrzej Duda hat das Gesetz im Februar unterzeichnet, beantragte aber eine Überprüfung durch das Verfassungsgericht.

Bei Holocaust-Überlebenden wird das Gesetz sehr kritisch gesehen und belastet die Beziehungen zwischen Polen und Israel.

Der US-amerikanische Historiker Jan Tomasz Gross (*1947 Warschau) warnt davor, daß man mit diesem Gesetz eine polnische Mittäterschaft bei der Judenverfolgung im Keim ersticken will. Gross wurde bekannt durch die Erforschung und Aufklärung der Tatumstände bei dem Pogrom in Jedwabne (1941) u. a. Nachkriegspogromen. Sein Buch „Nachbarn“ (2001) löste gerade in Polen hitzigen Debatten aus und führte zu einer teilweisen Veränderung des weitverbreiteten Geschichtsbildes, Polen seien während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg nur Opfer gewesen.

Gross hat die Auswirkungen selber erlebt und erlitten. Sein Vater Zygmunt Gross (1903-1995) war Überlebender des Holocaust dank der Hilfe der Polen, die



zelexemplar 10,50 €, bei Abnahme von 3-9 Exemplaren je 9 € und von mehr als 10 Exemplaren je 8,45 €. Verwenden Sie bitte den Überweisungsvordruck (WW 10/2017) und überweisen Sie den Bezugspreis oder fordern Sie Exemplare bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr.35 III, Tel. 0611/379787, Fax: 0611/1574972, E-Mail: LWW@gmx.de, gegen Rechnung an.

ihn versteckt haben. Seine Mutter Hanna Gross geb. Szumańska (1919-1973) war Mitglieder der polnischen Heimatarmee Armia Krajowa. All das half ihm nicht. Vor 50 Jahren kam es zu einer antijüdischen Politik in Polen, die sich auch gegen Intellektuelle und potentielle Feinde des Sozialismus richtete. Infolge der März-Unruhen in Polen des Jahres 1968 wurde Gross von der Hochschule verwiesen und fünf Monate inhaftiert. Die damalige antisemitische Kampagne führte auch zu seiner Ausweisung. 1969 ging Gross in die USA.

Es ist schon eine unpassende Übereinstimmung der Ereignisse von heute und einst. Vor 50 Jahre lief diese antisemitische Kampagne an und heute wird das o. g. Holocaust-Gesetz in Kraft gesetzt.

Stimmungswandel nach dem Sechstagekrieg

Als Auslöser für diese antisemitische Kampagne der polnischen Kommunisten war der Sechstagekrieg (5. bis 10.6.1967) zwischen dem von der Sowjetunion unterstützten Ägypten und dem von den USA unterstützten Israel. Es war ein typischer Stellvertreterkrieg in der Zeit des Kalten Krieges, bei dem Israel durch seinen Präventivschlag überraschend den Gegner vernichtend schlug.

Es war damals ohnehin eine gesell-

schaftlich heiße, hitzige Zeit, die im Westen unter dem Schlag der 68er-Bewegung in die Geschichte einging. Auch im Ostblock wirkte sich dies aus. Am 8.3.1968 ging die Polizei in Warschau gewaltsam gegen demonstrierende Studenten vor, die gegen staatliche Zensur und Repressionen gegenüber kritischen Kommilitonen protestierten.

Die Anführer der Proteste wurden als zionistisch und antipolnisch gebrandmarkt. Der polnische sozialistische Staat verbreitete seither eine starke antisemitische Hetze und organisierte Massenkundgebungen. Die Schuld an allen Schwächen des stark schwächelnden kommunistischen Systems wurde auf die Juden abgewälzt. Die Begründung ist als solche schon hintersinnig zu erfragen. Es wurde gesagt, die hohen Ämter würden viele Juden bekleiden. Da mußte sich doch jeder fragen, wieso sie in diese Ämter gekommen sind und warum man das, wenn das wirklich so schädlich ist, dies zugelassen hat.

Auf den folgenden Parteitag der PZPR hörte man Hetzrufe wie „Zionisten nach Zion!“ In einer Rede auf dem VI. Kongreß der Berufsverbände behauptete der starke Mann Polens, Władysław Gomułka (1905-1982) es gäbe in Polen „eine zionistische Fünfte Kolonne“, die die israelische Aggression gegenüber den arabischen Ländern akzeptiere und unterstütze. Er prangerte die „Aggression Israels“ als „Resultat der reaktionärsten Verschwörung des internationalen Imperialismus“ an.

Tausende polnische Juden wurden 1968 von der kommunistischen Partei Polens zu Staatsfeinden erklärt. Zwischen 1968 und Ende 1972 sahen sich etwa 20.000 Juden gezwungen, Polen zu verlassen – darunter auch Jan Tomasz Gross.

Es gab 1968 „überhaupt kein Polen“

Auf die Vorgänge vor 50 Jahren angesprochen stellte der neue polnische Ministerpräsident (seit 11.12.2017) Mateusz Morawiecki (*1968 in Breslau) während seines Deutschland-Besuches im Februar 2018 seine Sicht der Dinge vor, die sicherlich auch Sicht der gegenwärtigen PiS-Regierung ist. Er behauptete, im Jahr 1968 gab es „überhaupt kein Polen“. „Damals gab es das kommunistische Regime, das die Juden schrecklich behandelt hat“, so Morawiecki.

Damit wird dem fachkundigen Leser klar, daß sich auch das heutige offizielle Polen als nicht existent ansah, sondern unter fremder Besatzung stehend betrachtet. Damit wird Polen wieder zum Opfer und die Täterschaft der Sowjetunion zugeschoben.

Morawiecki erklärte in seiner These, warum die Polen angeblich keine Schuld an der Politik der Ausbürgerung der Juden tragen, denn: „Nicht die Polen waren es, sondern die Kommunisten“. Dies ist eine Auffassung, die man in Polen öfter hört. Bei der Erläuterung des Konzeptes

für die Ausstellung „Glogau 1945“ in Głogów äußerte sich der Museumsdirektor ähnlich: „Ihr – und auch wir – habt unter den Nationalsozialisten gelitten, und wir unter danach den Kommunisten.“

Anders war die Reaktion des polnischen Präsidenten Andrzej Duda. Er entschuldigt sich – an die Juden gerichtet – für die antijüdische Kampagne im März 1968! Diese wichtige Geste fällt aus den sonst üblichen Aussagen der aktuellen Rhetorik aus Warschau heraus. Kritiker klagen, angesichts der Vorgeschichte durch Äußerungen aus den Reihen der polnischen Regierung, wirke Dudas Bitte um Verzeihung wie ein Versuch der Schadensbegrenzung. Aber er sagte das wichtige Wort: „Verzeihen Sie der Republik und den Polen, dem Polen von damals.“

Der Kampf um die Deutungshoheit der eigenen Geschichte wird in Polen jedoch weitergehen, darüber sind sich Kritiker sicher.

Wölfe in Polen und Deutschland

Immer wieder geistern die wieder auftauchenden Wölfe durch deutsche Medien und man weiß nicht, was man davon halten soll. Die Mitteilungen klingen ambivalent und beschwichtigend. Der Wolf ist ja gar nicht so schlimm, er ist scheu und läuft vor den Menschen weg. Es ist auch noch keinem Menschen etwas passiert, wird immer wieder gesagt.

Das Thema Rückkehr der Wölfe ist in diesem Jahrtausend immer wieder mal ein Thema, seit die erste Sichtung im Jahr 2000 auf einem Truppenübungsplatz in der sächsischen Oberlausitz gemeldet wurde.

In diesem Jahr gab es auch zwei bestätigte Sichtungen in Nordrhein-Westfalen. Im Januar 2018 wurde die erste Wolfs-sichtung im münsterländischen Kreis Warendorf bestätigt. Nun im März wurde ein Wolf bei Rees im Kreis Kleve an einem Rheindeich von einem Landwirt fotografiert. Damit haben sie den Niederrhein erreicht und stehen an der niederländischen Grenze.

Waren es ursprünglich noch recht dünnbesiedelte Gebiete, in denen Wölfe gesichtet wurden, so rücken sie nun sogar dem dichtbesiedelten Ruhrgebiet näher.

Aus Naturschutzsicht ist es einer der größten Erfolge, daß etwa 150 Jahre nach

der Ausrottung die Wölfe in Deutschland wieder heimisch werden. Auch in früheren Zeiten gab es nicht ständig Probleme mit den Tieren, nur in den damals öfter vorkommenden Hungerzeiten kamen sie den Menschen näher. So wie weltweit viele Tierarten bereits ein Problem darstellen, da sie die überreichen Futterabfälle und Vorräte der Menschen in den Siedlungen und Städten aufsuchen.

Die Wölfe kamen aus Polen zurück nach Zentraleuropa. Der Artikel „Einem Wolf im Wald zu begegnen – ein unvergeßliches Erlebnis!“ aus dem aktuellen Meseritzer Heimatgruß (Nr. 224, März 2018, S. 22-23) machte auf das Thema aufmerksam.

In diesem Beitrag schildert der Jogger Grzegorz Otczyk aus Wischen (Wyszczanów, Kr. Meseritz) von seiner Begegnung. Als er den scheuen Wolf sah, der sich bereits entfernte, kletterte er auf einen Baum, was dessen Neugierde erweckte und er schnüffelnd näherkam. Herr Otczyk rief seine Frau per Handy an, die erst an einen Scherz glaubte. Als sie mit dem Auto zu der beschriebenen Stelle kam, war der Wolf natürlich weg.

Aufmerksamkeit erregen dagegen die weiteren Ausführungen eines Försters in diesem Artikel, denn dies kann auch Deutschland bald drohen: „Für unser Jagdrevier hatten wir Damwild gekauft, ausgesetzt und uns über ihren Nachwuchs sehr gefreut. Heute gibt es kein einziges Stück Jungwild mehr davon. Damwild ist relativ zutraulich; die Jungtiere sind den Wölfen als erstes zum Opfer gefallen.“

Im letzten Jahr im August haben wir fünf Hirschkühe ohne Kitz gesehen. So etwas passierte zum ersten Mal. Die Population der Rehe und Wildschweine hat sich um 60 Prozent verringert. Und Tiere, die geblieben sind, leben in Angst. Hinter den Tierspuren sieht man oft Wolfsspuren.

Wild, das sich auf der freien Fläche aufhält, ist ein seltener Anblick geworden. In den Wäldern findet man viele Reste von Kadavern. Eine interessante und auffällige Erscheinung ist, daß man jetzt oft Hirsche in Gruppen sieht, obgleich Hirsche ja doch Einzelgänger sind. Mein Hund, sobald er nur eine Wolfsspur erahnt, zieht den Schwanz ein und geht bei Fuß, berichtete Robert Kaszkowiak vom Jagdverein Bauchwitz (Bukowiec, Kr. Meseritz).

WW

Fotoausstellung: „Ein unendliches Gedenken: Jüdisches Erbe und die Schoah in Ostgalizien“

Die Wanderausstellung des Galizisch-Jüdischen Museums Krakau zeigt 46 eindrucksvolle Fotografien und Texte des Künstlers Jason Francisco. Francisco schuf mit einer großformatigen analogen Kamera Werke, die gleichzeitig Tatsachenbericht und Erinnern an die jüdische Vergangenheit sind.

„Wenn man vom jüdischen Erbe in Galizien spricht – und besonders im östli-

chen Galizien – spricht man von beidem, von einem Erbe und einem Geheimnis. Man spricht von einer Vergangenheit, die nicht vergangen ist, einer tausend Jahre alten Zivilisation, deren Erkennbarkeit vor allem ihnen gehört, den Vorfahren, und deren Unerkennbarkeit vor allem uns gehört, den Erben.“ (Jason Francisco)

Historischer Zusammenhang: Das »Königreich Galizien und Lodomerien« er-

schien 1772 auf der europäischen Karte. Vorher gehörte es über 450 Jahre zum Königreich Polen-Litauen. Lemberg war die multiethnische Hauptstadt Galiziens. 13 % der Bevölkerung waren Juden. Sie stellten in bestimmten Städten sogar die Mehrheit. Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges sowohl während der sowjetischen Besetzung (1939-1941) als auch besonders unter der nationalsozialistischen Besetzung (1941-1944) hatten zur Folge, dass jede jüdische Gemeinde durch die Deutschen und ihre Kollaborateure zer-

stört wurde. Von den insgesamt 656.000 Juden, die 1939 in Ostgalizien lebten, wurden 85 % während der Schoah ermordet. Während der sowjetischen und in der postsowjetischen Zeit wurde über die Schoah als historisches Thema geschwiegen. Erst in den letzten Jahren rückt die jüdische Geschichte in ihrer Komplexität aus Jüdischem, Ukrainischem und Polnischem in den Fokus.

Fotoausstellung: Ein unendliches Gedenken: Jüdisches Erbe und die Schoah in Ostgalizien

Laufzeit der Ausstellung: 13. April bis 18. Mai 2018. In Kooperation mit: Alte Synagoge Essen und Galizisch-Jüdisches Museum Krakau.

Öffnungszeiten der Ausstellung: Mo. und Mi. 10-17 Uhr, Di. und Do. 10-19 Uhr, Fr. 10-14 Uhr, Sa. auf Anfrage; Sonn- und feiertags geschlossen. Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf.

Dr. Bernd Fabritius wird Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Stephan Mayer wird Staatssekretär im Innenministerium

In München wurden am 5.3.2017 diejenigen Parteivertreter vorgestellt, die für die CSU in der zukünftigen Bundesregierung eine Aufgabe übernehmen sollen. Dazu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius in einer ersten Reaktion:

Es ist für mich eine große Ehre, daß die CSU mir heute das Vertrauen ausgesprochen und mich als neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten benannt hat.

Diese wichtige Aufgabe ist für mich

eine Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Ich trete dabei in die großen Fußstapfen von etwa Horst Waffenschmidt, Dr. Christoph Bergner, Hartmut Koschyk oder auch Dr. Günter Krings – und werde mit vollem Einsatz daran arbeiten, diese auszufüllen.

Außerdem begrüße ich die Entscheidung, daß BdV-Vizepräsident Stephan Mayer Parlamentarischer Staatssekretär beim zukünftigen Bundesminister des Innern, Horst Seehofer, werden soll.

Auch wenn es zu weiteren Einzelheiten des Aufgabenzuschnitts und der Zuordnung im Rahmen der Regierung noch keine Informationen gibt, ist mit diesen Personalentscheidungen schon sichergestellt, daß die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimat- und Siedlungsgebieten weiterhin an höchster Stelle engagiert vertreten werden.

Pressemitteilung

NRW beruft ersten Beauftragten der Landesregierung

Zur Berufung des Landesvorsitzenden der OMV Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, zum Beauftragten der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas MdL:

Mit der Berufung von Heiko Hendriks zum ersten nordrhein-westfälischen Landesbeauftragten für deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler setzt die CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein deutliches Zeichen der Solidarität für ihre Zielgruppen. Gleichzeitig erfüllt sie ein Wahlversprechen der CDU NRW, das insbesondere durch die Arbeit des dortigen

OMV-Landesverbands ermöglicht wurde. Mit Heiko Hendriks übernimmt ein kompetenter, im Thema stehender Politiker dieses wichtige Amt.

Nordrhein-Westfalen folgt mit dieser Berufung dem Beispiel Hessens, wo solche Landesbeauftragte auf eine lange Tradition blicken können. Auch andere Länder haben unter CDU-Verantwortung immer wieder Landesbeauftragte eingesetzt. Es ist gut, wenn weitere Länder dies nun aufgreifen und die Chancen eines solchen Amtes erkennen.

Ebenso positiv zu bewerten sind Signale wie z.B. aus Rheinland-Pfalz, wo die CDU-Landtagsfraktion zur Lage der Spätaussiedler einen Antrag in die parlamentarische Arbeit eingebracht hat und darin Verbesserungen fordert.

Insgesamt ist dies auch eine Bestäti-

gung unserer konstruktiven Arbeit auf Bundesebene. Solche Impulse führen zu einer besseren Wahrnehmung und Unterstützung der verständigungspolitischen Aktivitäten, die von den deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedlern und den deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa ausgehen. Dabei wird auch dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten wie bisher eine der Schlüsselrollen zukommen, wenn es gilt, die Anliegen dieser Gruppen in die bundespolitische Arbeit aufzunehmen.

Der Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) hat Herrn Hendriks zu seinem Amt gratuliert und ihm viel Erfolg gewünscht. Gleichzeitig erinnerte er daran, daß zwei Bundesvorstandsmitglieder der LWW in NRW leben.

Pressemitteilung

Die Stiftung ZgV hat einen neuen Vorsitzenden

Erika Steinbach gibt den Vorsitz an Dr. Christean Wagner ab

Die langjährige Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV), Erika Steinbach, gibt auf eigenen Wunsch den Vorsitz der Stiftung ab. Der frühere hessische Kultus- und Justizminister Dr. Christean Wagner löst Erika Steinbach an der Spitze der Stiftung ab. Der CDU-Politiker und Jurist, der im ostpreußischen Königsberg geboren ist, war und ist den Anliegen der Heimatvertriebenen stets verbunden.

Wagner dankte Erika Steinbach für ihren nunmehr seit 18 Jahren unermüdelichen Einsatz für die Stiftung, die sie

im Jahre 2000 gegründet hat: „Aus dem Geist der Versöhnung entstanden, hat die Stiftung in den vergangenen fast zwei Jahrzehnten Beachtliches erreicht. Neben zahlreichen Veranstaltungen sind die vier Ausstellungen „Erzwungene Wege“, „Die Gerufenen“, „Angekommen“ und „Verschwundene Orte“ im ganzen Land unterwegs. Eine neue Ausstellung zum Thema „Deutsche Zivilisten in Lagern und Zwangsarbeit hinter dem Eisernen Vorhang während und nach dem Zweiten Weltkrieg“ wird vorbereitet. Unter großem persönlichen Einsatz hat Erika

Steinbach – auch mit Unterstützung des früheren SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz bis zu dessen Tod – die Arbeit der Stiftung vorangetrieben und mit Ideenreichtum, Kreativität und Hingabe für die Anliegen der Stiftung gewirkt. Durch gute Argumente und Beharrlichkeit wurde das Zentrum zur Initialzündung für die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Erika Steinbach hat sich um das Zentrum gegen Vertreibungen große Verdienste erworben.“

Der neue Vorsitzende betonte, die Stiftung in dieser Kontinuität, im Geiste der Versöhnung und der Bewußtseinsklärung gegen Menschenrechtsverletzungen durch Vertreibung und Deportation fort-

führen zu wollen.

Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen hat sich zur Aufgabe gemacht, in einem Gesamtüberblick das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte genauso erfahrbar zu machen wie das Schicksal der 4 Millionen deutschen Spätaussiedler. Dabei wird auch an Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa, erinnert. Zu den Stiftungsaufgaben gehört auch die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises, mit dem Persönlichkeiten oder Organisationen ausgezeichnet werden, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten, gegen Völkermord, Vertreibung und die bewußte Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Der Preis wird alle zwei Jahre, so auch 2018 wieder, verliehen.

Pressemitteilung

Der Bundessprecher gratulierte Herrn Wagner zu seiner neuen Aufgabe und

Das neue Wappen von Ślubice sorgt auch für Ärger

Die Informationen aus Polen, was die Haltung zur Geschichte anbetrifft, sind sehr ambivalent, daher überrascht es den kundigen Leser, wenn er hört, daß der Landkreis Ślubice nun ein neues Wappen erhalten hat, daß den brandenburgischen Adler zielt.

Der Kreis Ślubice mit seinem Verwaltungssitz der Stadt Ślubice, dem einstigen Vorort Dammvorstadt von Frankfurt a. d. Oder, ist der polnische Teil des einstigen Kreises Frankfurt/O. Der heutige Name wurde von einer slawischen Siedlung des Mittelalters in dieser Region abgeleitet. Vor mehr als 750 Jahren gab es am östlichen Oderufer eine slawische Siedlung mit dem Namen Zliwice (oder Zliwitz). 1945 eroberte die Rote Armee Frankfurt/O. Ihnen folgten ihre polnischen Verbündeten. Am 15.5.1945 wurde das erste Mal eine polnische Bescheinigung mit dem Stempel „Ślubice“ ausgestellt, aber die Ortsbezeichnung „Frankfurt“ fand auch auf polnisch weiterhin Verwendung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstand das Gebiet lange Zeit der Wojewodschaft Posen (Poznań)/ Großpolen (Wielkopolska). Dies ist auch der Grund, warum die einst brandenburgische Stadt Landsberg a. d. Warthe heute den Namenszusatz „Wielkopolski“ (abgekürzt „Wlkp.“) trägt. Es gab vor 1945 im deutschen Osten noch ein weiterer Ort dieses Namens, nämlich Landsberg in Oberschlesien, das nach 1945 ebenfalls in Gorzów umbenannt wurde – zur Unterscheidung mit dem Zusatz „Gorzów Śląski“.

Als 1999 die polnische Verwaltung erneuert wurde und statt der 48 kleinen Wojewodschaften 16 große entstanden, wurden auch wieder Landkreise eingeführt. Bereits von 1959 bis 1975 gab es einen

erhielt am 31.3.2018 folgende Antwort: Für Ihre Gratulation zur Übernahme des Vorsitzes bei der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen bedanke ich mich herzlich.

Die Übernahme des Amtes ist mir Verpflichtung und Freude zugleich. Völkervertreibungen weltweit entgegenzuwirken, sie als Mittel der Politik zu ächten und zu verhindern und dadurch der Völkerverständigung, der Versöhnung und der friedlichen Nachbarschaft der Völker zu dienen, ist eine vielfältige Aufgabe, die in unserer Zeit sehr wichtig ist. Mit der Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen werde ich versuchen, diesen Zielen näher zu kommen.

Ich bin sehr dankbar, dass Ihre Landsmannschaft die Stiftung ZgV bei ihrer Gründung und bei den Ausstellungen unterstützte, und hoffe, dass wir auch in Zukunft mit der Solidarität der Vertriebenen und ihrer Verbände gute Arbeit für eine wichtige Aufgabe gegen das Vergessen und für Völkerverständigung leisten können. Mit freundlichen Grüßen,

Ihr Dr. Christean Wagner

Landkreis Ślubice (Powiat ślubicki). Der Landkreis bekam 1999 eine Fahne, die an seine Nachkriegsgeschichte erinnerte. Auf der linken Seite ist ein weißer polnischer Adler auf rotem Grund abgebildet, auf der rechten Seite ein blauer Fluß auf goldenem/ gelben Grund, der die Oder symbolisiert.

Nun wurde dieses Wappen durch ein historisch korrekteres Wappen ersetzt. Auf dem neuen Wappen sieht man einen roten Adler, so wie er auch auf alten brandenburgischen Wappen zu sehen war, auf silbernem/ weißem Grund. Zu seinen Füßen fließt ein blauer Fluß, der die Oder symbolisiert.

Ende Dezember 2017 haben die Abgeordneten des Kreistags die Einführung dieses neuen Wappens beschlossen. Der Entwurf stammt von dem Altmeister der polnischen Heraldik, Alfred Znamierowski (*1940 Warschau).

Die laut gewordenen kritischen Stimmen richten sich gegen die Farbe des Adlers. Eine Umfrage unter polnischen Bewohnern Ślubices macht deutlich, daß viele das neue Wappen kritisch sehen. Die führen Bedenken wegen hoher Kosten für die Stadt an, zeigen Ängste über zu viele deutsche Einflüsse und manche sagen dem Adler nach, er schaue viel zu grimmig drein – ein Blick auf den alten Adler zeigt aber auch keinen lächelnden Vogel. Die Hauptkritik richtete sich aber dagegen, daß das Wappen nun keinen polnischen Adler mehr trage, sondern einen roten brandenburgischen. Vor allem im Internet, in den sozialen Netzwerken schlagen die Wellen der Empörung hoch. Dennoch: 64 Prozent der Befragten in einer Umfrage des Onlineportals Ślubice24.pl gaben an, daß sie das neue

Wappen gut fänden. Kritiker dagegen warnten vor einer schleichenden Germanisierung Polens, ganz im Zeitgeist und Denken der gegenwärtigen Regierung. Um die Kritiker zu beruhigen werden sogar sehr weit hergeholt historische Verweise aufgeboten. So sagte der Heraldiker Znamierowski, daß es einen Bezug zu Polen bzgl. des roten Adlers gäbe. Eine brandenburgische Flagge sei 1410 in der Schlacht bei Tannenberg von dem polnischen Heer erobert worden.

Die Kreisverwaltung von Ślubice nimmt die Kritik aus der Bevölkerung gelassen zur Kenntnis. Landrat Marcin Jabłoński setzt darauf, die Bürger zu informieren und ihnen die historischen Hintergründe des neuen Wappens zu erklären. Das deutsch-polnische Verhältnis werde unter dem aktuellen Streit nicht leiden. Im Gegenteil: Jablonski findet, daß das Thema zu einem besseren Umgang mit der schwierigen Geschichte Europas im 20. Jahrhundert beitragen kann.

M. Sp.

Präsidium des Bundes der Vertriebenen tagt im Hessischen Landtag in Wiesbaden

Auf Einladung des Landtagspräsidenten Norbert Kartmann kam das Präsidium des Bundes der Vertriebenen, BdV-Bundesverband, in Wiesbaden zu einer turnusmäßigen Sitzung zusammen. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius äußerte Freude und Dank für die Möglichkeit einer erstmaligen Sitzung des Bundespräsidiums im Hessischen Landtag. Nach herzlicher Begrüßung des Gremiums durch Landtagspräsident Norbert Kartmann und Vorstellung der Präsidiumsmitglieder, betonte Fabritius die Brückenfunktion des BdV in einem einigen Europa und seine Bedeutung für die Wahrung und Weitergabe des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete für das gesamte deutsche Volk: „Unsere Kultur ist Teil des gesamtdeutschen kulturellen Erbes. Dessen Pflege und Weiterentwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern. Wir erbringen gerne unseren Beitrag dazu, fordern aber die nötige weitere Unterstützung beharrlich ein.“ Er dankte dem ehemaligen Bundespräsidenten Hans-Joachim Gauck für dessen Aufforderung, Flucht und Vertreibung endlich aus dem „Schatten der Erinnerung“ zu holen. Es sei außerdem ein gutes Zeichen, dass die Bundesregierung beabsichtige, künftig eine Person aus der Mitte des Personenkreises der Spätaussiedler mit der Aufgabe des Aussiedlerbeauftragten zu betrauen. Dieses zeige die dem Thema beigemessene Bedeutung und die Wertschätzung bisheriger Arbeit der Selbstorganisationen deutscher Spätaussiedler. Im Sitzungsverlauf kam das BdV-Präsidium ins Gespräch mit dem Hessischen Mini-

Mitteilungen der Bundesgeschäftsstelle

Jahrbuch-Paten gesucht

Liebe Leser und Landsleute, der Bundesvorstand bittet Sie, auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2019“ eine Patenschaft zu übernehmen, weil die Landsmannschaft immer mehr auf die Unterstützung ihrer Mitglieder und Förderer, der Leser des Mitteilungsblattes und unsere Landsleute angewiesen ist.

Liebe Landsleute, bitte helfen Sie mit, dass wir mit unserem Jahrbuch die kulturelle, grenzüberschreitende und verständigungspolitische Arbeit fortsetzen können. Jahrbuch-Paten können Mitgliedsverbände unserer Landsmannschaft, nahestehende Organisationen und Privatpersonen werden. Gedacht ist an Patenschaften von 100,- € und mehr. Es können auch mehrere Einzelpersonen oder Mitgliedsverbände gemeinsam Jahrbuch-Pate werden. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten finanziert werden, die bei der Erstellung und dem Vertrieb des Jahrbuchs entstehen. Durch die Spenden ist es der Landsmannschaft auch möglich, zusätzliche Jahrbücher an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien kostenlos zu senden.

Sollten Sie sich entschließen, Jahrbuch-Pate zu werden, so bitten wir, uns die unten abgedruckte Erklärung unterschrieben zu senden und Ihre Spende auf unser Konto bei der Sparda Bank Südwest EG, IBAN DE 86 5509 0500 0000 9587 55 (BLZ 550 905 00, Konto-Nr. 958 755), mit dem Kennwort „Pate Jahrbuch“ zu überweisen.

Bitte vermerken Sie auf der Erklärung, ob die Jahrbuch-Patenschaft durch eine Privatperson oder einen unserer Mitgliedsverbände bzw. eine nahestehende Organisation übernommen wird. Privatpersonen wird eine Spendenbescheinigung unaufgefordert zugeleitet.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, die es uns ermöglicht, das Jahrbuch als wichtiges Bindeglied zu unseren Landsleuten, Freunden und Förderern weiterhin herauszugeben.

In landsmannschaftlicher Verbundenheit grüßt Ihr

Dr. Martin Sprungala, Bundessprecher/Bundvorsitzender

----- hier bitte abtrennen und einsenden -----

An die
Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V.
Friedrichstraße 35/III, 65185 Wiesbaden

Ich (Wir) beteilige(n) mich (uns) an der Spendenaktion „Jahrbuch-Pate“ mit Euro.

Name und Anschrift des privaten Spenders/ der privaten Spender oder der Mitgliedsgruppe (n)

Der Betrag wird auf das Konto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., IBAN: DE 86 550 905 00 0000 958 755 bei der Sparda Bank Südwest E.G. mit dem Vermerk „Pate Jahrbuch“ überwiesen.

Ich benötige eine Spendenbescheinigung (bitte Namen und vollständige Anschrift):

....., den 2018
Unterschrift und Anschrift,
soweit abweichend

Allen Spendern herzlichen Dank

In der Zeit vom **1. Januar bis 29. März 2018** gingen bei uns Spenden in Höhe von insgesamt **€ 1.206,-** ein. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe dankt allen Spenderinnen und Spendern dafür sehr herzlich.

Es spendeten: Fritz **Beuster**, Bargtheide, 14,50; Fritz **von Beyme**, Bad Bramstedt, 23,-; Ilse **Döring**, Wegberg, 20,-; Harry **Drews**, Travenbrück, 10,-; Hartmut **Droegmoeller**, Köln, 89,50; Dr. med. Klaus **Eichler**, Frankfurt/Oder, 10,-; Otto **Fuhrmann**, Weiden, 29,50; Waldemar **Funk**, Langenfeld, 10,-; Bertold **Grabs**, Vilgertshofen, Jürgen **Grü-**

ter, Oberhausen/Rheinland, 30,-; 29,50; Brigitte **Heine**, Hannover, 10,-; Ingeborg **Heinecke**, Heeßen, 20,-; Monika und Peter **Henning**, Hamburg, 10,-; Alice **Hess**, München, 10,-; Edith **Körner**, Frankfurt/Main, 20,50; Hedwig **Kreiser**, Hanau, 10,-; Renate **Krentz**, Reutlingen, 10,-; Erwin **Kroll**, Köln, 30,-; Eugenie **Lendzian**, Ammersbek, 20,-; **LWW-Kreisgruppe Wesel**, 30,-; Hartmut **Malachowski**, Winsen/Luhe, 80,-; Erna und Artur **Mantei**, Timmendorf, 10,-; Lilli **Matejka**, Heidelberg, 14,-; Wilma **Matt**, Barnstedt, 39,50; Olga **Mick**, Geestgottberg, 11,-; Edwin **Mikolajewski**, Monheim, 13,-; Erika **Müller**, Dingolfing, 80,-; Edith und Erwin **Nerling**, Leipzig, 20,-; Alfred **Nikolai**, Wittenberg 55,-; Elisabeth und Edgar

ster für Soziales und Integration, Stefan Grüttner, sowie der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf. Minister Grüttner erläuterte die Strukturen in Hessen. So gebe es in seinem Ministerium seit Jahrzehnten ein eigenes Referat für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Der Bereich sei ein wichtiges Schwerpunktthema: „Wir betreuen die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler nicht, wir unterstützen sie!“ Der Minister hob die Besonderheiten Hessens hervor: Die Funktion einer Landesbeauftragten, die Unterstützung der „Stiftung Flucht und Vertreibung“, den „Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“, den zweijährig vergebenen „Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung“, den „Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung“ (UHW) im Hessischen Landtag und nicht zuletzt den „Tag der Vertriebenen“ beim jährlichen Hestentag. Ein besonderes Augenmerk gelte in Hessen den Spätaussiedlern aus Russland. Die kulturelle Selbstverortung der Deutschen aus Russland bedürfe auch weiterhin einer nachholenden Integration. Auch hier gehe es um die Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Besonderes Augenmerk im Rahmen der Diskussion galt der von BdV-Präsident Bernd Fabritius und weiteren Mitglieder des Präsidiums angesprochenen Rentenproblematik bei Spätaussiedlern. So gebe es bei russlanddeutschen Spätaussiedlern eine spezifische Altersarmut, die auf im Jahr 1996 pauschal um 40 % gekürzte Renten und die unabhängig von der Berufsbiografie der Spätaussiedler erfolgte Rentendeckelung zurückgehe. Spätaussiedler erhielten dadurch eine Rente unterhalb der Armutsgrenze und müssten aufstocken. Dies sei eine Benachteiligung ohne sachlichen Grund. Der Minister versicherte, dieses Problem nicht zu unterschätzen, es bereite ihm Sorge und er wolle helfen, eine Lösung auf Bundesebene zu suchen.

Zum Abschluss des Gedankenaustauschs bedankte sich Präsident Fabritius im Namen aller Mitglieder des Präsidiums für die in Hessen jederzeit zur Verfügung stehenden Ansprechpartner und deren Unterstützung, insbesondere auch in Form der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf: „Wenn wir in allen Ländern derart konstruktive Begleitung hätten wie durch die Landesregierung in Hessen, ginge es uns und dem Thema Heimatvertriebene und Spätaussiedler besser!“

Pressemitteilung
der Landesbeauftragten
Margarete Ziegler-Raschdorf

Oberhoffner, Teutschenthal, 14,50; Karin **Rolland**, Herford, 19,50; Beate **Schärer-Hagemeyer**, Rheinfelden, Schweiz, 36,50; Manfred **Schlak**, Melbeck, 120,-; Sieglinde **Schnee**, Kriftel, 40,-; Gertrud **Schöler**, Göttingen, 20,-; Adelheid **Schubert**, Haan, 20,-; Jürgen **Spletzer**, Marl, 10,-; Reinhold **Sponagel**, Maulbronn, 39,50; Kurt **Wolf**, Herdecke, 14,50; Nina **Würfel**, Korntal-Münchingen, 14,-; Dr. Wolfgang **Zimmernink**, Mannheim, 13,-.

Herzlichen Dank sagen wir auch für die vielen kleinen Spenden, die aus Platzmangel nicht aufgeführt werden können und die doch unsere Arbeit für Sie ermöglichen. Wir hoffen, keine Spender übersehen zu haben und sind auch weiterhin auf Ihre Spende angewiesen, um unsere vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können.

Gleichzeitig teilen wir mit, dass unsere Landsmannschaft laut Freistellungsbescheid des Finanzamtes Wiesbaden I, St. Nr. 43 250 72357 vom 26. November 2015 ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, dient und daher berechtigt ist, Spendenbescheinigungen auszustellen.

Wenn Sie eine Spende einzahlen, lassen Sie bitte den Einzahlungsabschnitt von der Bank abstempeln. Für Spenden ab 100,- Euro erhalten Sie automatisch von der Bundesgeschäftsstelle eine Spendenquittung zugeschiedt. Bei kleineren Beträgen stellen wir diese auf Wunsch gern aus.

Unser Spendenkonto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband, lautet: Sparda Bank Südwest EG, Nr. 958 755, BLZ 550 905 00, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01.

Glückwünsche

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe gratuliert herzlich, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlbefinden

Prof. Dr. Erich Müller, geb. am 8. Mai 1927 in Lemberg (Galizien), zum **91. Geburtstag**. Er war bis 2011 Kulturreferent des Hilfskomitees der Galiziendeutschen und Mitredakteur des „Zeitweisers der Galiziendeutschen“. Er ist Verfasser zahlreicher Beiträge im Jahrbuch Weichsel-Warthe und Kulturwart, Träger des Kulturpreises unserer Landsmannschaft (2000) und seit 2012 Ehrenmitglied im Bundesverband der LWW.

Prof. Dr. med. Erasmus Zöckler, geb. am 14. Mai 1925 in Bromberg, zum **93. Geburtstag**. Er ist Sammler und Bearbeiter des Nachlasses seines Großvaters Theodor Zöckler. Er ist aktives Mitglied im Hilfskomitee der Galiziendeutschen und war Schriftleiter des „Heiligen Bandes“ (jetzt „Blickpunkt Galizien“).

Harald Schäfer, geb. am 26. Mai 1958 in Stadtallendorf (Hessen), zum **60. Ge-**

burtstag. Der langjährige Bildungsreferent der DJO-Deutsche Jugend in Europa/Landesverband Hessen ist Träger des Kulturellen Förderpreises für Nachwuchskräfte (1990) unserer Landsmannschaft, Autor zahlreicher Beiträge in unserem Jahrbuch und war von 1993 bis 1997 Bundesschatzmeister der LWW.

Oliver Behre, geb. am 26. Mai 1968 in Groß-Gerau (Hessen), zum **50. Geburtstag**. Er ist ehrenamtlich im Hilfskomitee

der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen tätig und seit 1996 Obmann für die Wollhyniendeutschen und den Heimatkirchentag in Uelzen. Seit 2006 führt er Studienfahrten nach Wollhynien durch und erhielt 2008 den Kulturellen Förderpreis für Nachwuchskräfte der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Er ist Autor mehrerer geistlicher Vorworte in unserem Jahrbuch und seit Februar 2013 Einzelmitglied im Bundesverband der LWW.

Aus unserer Arbeit

Berichte der Heimatkreisgemeinschaften, LWW-Landesverbände und Kreisgruppen

Heimatkreisgemeinschaft Wollstein

Horst Eckert, Am Pathsberg 23,
29549 Bad Bevensen, Tel. 05821-7666

Mitgliederversammlung 2018 in Suhlendorf

Die Mitgliederversammlung (MGV) des Heimatkreises Wollstein e.V. (HKW) in Suhlendorf 7.4.2018 war mit 55 Heimatfreunden wieder gut besucht. Zur schnelleren Abwicklung der Tagesordnung erhielten die Mitglieder mit der Einladung das Protokoll der MGV aus 2017 und den Jahresbericht für 2017. Damit haben alle Mitglieder einen gleichen Informationsstand.

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Horst Eckert, gedachte Klaus-Dieter Stein der verstorbenen Mitglieder.

Die Tagesordnung wurde anschließend zügig abgehandelt. Den bereits vorliegenden Jahresbericht erläuterte der Vorsitzende und ergänzte ihn in wenigen Punkten. Insbesondere hat der Vorsitzende noch einmal auf die besonderen Veranstaltungen des Jahres 2017 hingewiesen und sich für die aktive Teilnahme bedankt, wie da waren: u.a. das Treckfahrer-Erinnerungsfrühstück, das Heimattreffen mit der Würdigung der 60-jährigen Patenschaft des Heimatkreis Wollstein e.V. und dem Landkreis Uelzen. Auch die Adventsfeier hatte einen guten Besuch. Insgesamt hatte der HKW im Berichtsjahr 6 größere Veranstaltungen durchgeführt und sich an 7 weiteren Veranstaltungen beteiligt. Ferner wurden 2 „Wollsteiner Zeitungen“ herausgegeben – je Auflage mit 850 Exemplaren. Die Wollsteiner Heimatstube im Handwerksmuseum Suhlendorf wird weiterhin gut angenommen.

Den umfangreichen Kassenbericht erstattete der Schatzmeister Klaus Leber. Die Kassenprüfer Arnold Schüller, Brigitte Ewald und Manfred Adam haben die Kasse geprüft und bescheinigten eine ordentliche und übersichtliche Kassenführung. Dem Schatzmeister erteilten sie für die Führung ein großes Lob. Einstimmig hat die Versammlung den Schatzmeister und den Vorstand entlastet.

Unter „Veranstaltungen 2018“ steht

wieder eine Fahrt nach Wollstein auf dem Programm mit einer Vorstandssitzung und einem Gespräch mit Repräsentanten der „Kreis-Wollsteiner-Kommunalpolitik“. Das Heimattreffen wird wie immer im Oktober gefeiert, die Adventsfeier Dezember am 2. Advent.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen endete unsere Mitgliederversammlung.
H.E.

Busausflug nach Wittingen

Wie nach jeder Mitgliederversammlung starteten wir zu einem Ausflug in die nähere Umgebung, um Land und Leute wie auch die neue Heimat kennenzulernen. So war in diesem Jahr unser Ausflugsziel die Stadt Wittingen im Kreise Gifhorn.

Unsere Fahrt ging über Bad Bodenteich mit einer kleinen Rundreise durch dem Flecken. Wir konnten dabei auch den neuen Bahnhof bewundern, der für die Strecke Uelzen – Braunschweig umgebaut wurde. Am Ortsausgang Richtung Wittingen steht eine Klinik und ein neues Seniorenheim, in dem auch Wollsteiner ihre letzte Heimat gefunden haben. Über Schafwedel erreichten wir die Landesgrenze von Sachsen-Anhalt (Zonengrenze), schauten uns den Ort Dähre an und fuhren auf einer Ortsverbindungsstraße durch mehrere Dörfer nach Diesdorf mit seinem bekannten Freilichtmuseum (wir waren schon vor Jahren dort) und der sehenswerten evangelischen alten Kirche. In Waddekath querten wir wieder die Landesgrenze und nach vier Kilometern erreichten wir Wittingen.

Das „Café Antik“ hat uns schon erwartet. Hier konnten wir in Ruhe unsere verdiente Kaffeepause mit einem Stück Torte nach Wahl einlegen. Anschließend hat Herr Michaelis (Stadtführer) uns über die Stadtgeschichte und über die Geschichte des zweitältesten Hauses – in dem wir gerade waren – informiert. Hierbei konnten wir feststellen, dass auch die Kleinstadt Wittingen eine spannende Geschichte hat. Ein kleiner Spaziergang durch die Altstadt von Wittingen beschloss den Besuch. Pünktlich erreichten wir den Ausgangspunkt unserer Fahrt – die Waldmühle in Suhlendorf.

H.E.